Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bremen: H. Cohen. — Breslau: E. Schlotte. — Cassel: Th. Diederich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger'sche Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Meyhofer, Jacob Mathias, Adolf Stelzner. — Hannover: Carl Schüssler. — Leipzig: Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse, Eduard Schloemann, Gustav Adolf Gloeckner. — Magdeburg: A. Rudolph. — Mainz: L. Wilhelmi. — München: G. L. Daube & Co., Jäger'sche Buchhandl. — Nürnberg: Carl Schiendorfer. — Prag: A. Oppelik, Stadtplatz 34. — Stuttgart: Haasenstein & Vogler. — Wien: A. Oppelik, Stadtplatz 34. — Zürich: Haasenstein & Vogler, Bahnhofstrasse 6. — Basel: Haasenstein & Vogler. — Bern: Haasenstein & Vogler. — Genf: Haasenstein & Vogler, Place du Bourg de Four. — Frankfurt, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Firma Jäger'sche Buchhandlung, Kaufmannsstr. 21 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Haasenstein & Vroemlin in Warschau, Senatorenpalais 21. — Würzburg: Stahel'sche Buchhandlung.

Nr. 440. Berlin, Dienstag den 14. Oktober 1879. 19. Jahrgang.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 7 Mark 50 Pf., für Berlin nehmen sämmtliche Expeditionen, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünftheilige Petitzeile 40 Pf. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: Berlin SW. Wilhelmstr. 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honoraranfrage erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 14. Oktober.

Zur Frage der wirthschaftlichen Annäherung von Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Frankreich erhalten wir vom Rhein aus fachmännischen Kreisen nachstehendes Schreiben:

Zu der höchst bedeutungsvollen Frage der wirthschaftlichen Annäherung der mitteleuropäischen Großmächte veröffentlichen Sie vor wenigen Tagen eine Stimme aus industriellen Kreisen zugegangene Betrachtung, welche mit Recht darauf hinweist, daß die Parteiführer der protektionistischen Richtung schon vor 9 Jahren für ein enges Zollbündniß mit Frankreich plaidirt hätten, um die Nachbarschaft des Elsaß wirthschaftlich auszugleichen und ihr die politische Schärfe zu nehmen. Aber die in Deutschland damals in voller Blüthe stehende Herrschaft der Freihandelslehre habe die Gemüther befangen gehalten und erst jetzt könne der neue Bau ins Auge gefaßt werden, nachdem die Freihandelslehre gründlich abgewirthschaftet habe. — Diese Verbindung, welche die politischen Gegensätze in den Hintergrund dränge, könne aber nur eine innige werden, wenn das Niveau der produktiven Kräfte der verbündeten Nationen nicht allzweit von einander entfernt sei, weil andernfalls der Schwache rücksichtslos dem Starken und damit der Vernichtung preisgegeben werde.

Der Verfasser meint nun, und wir schließen uns ihm im Allgemeinen an, daß eine wirthschaftliche, politisch verbundene Gruppe wie Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Frankreich alle diejenigen glücklichen Elemente in sich trüge, welche den Frieden Europas und die Wohlfahrt der Nation verbürgen könne, — weist aber sehr richtig darauf hin, daß manncherlei Hemmnisse zu überwinden sein würden, ehe diese letzte gewaltige Schöpfung des Kanzlers zum Wohle der nationalen Arbeit Deutschlands als ein abgeschlossenes Werk sich darstellen könne; umsomehr scheine es die Pflicht der deutschen Industrie zu sein, dankerfüllt einzugreifen und unter Aufbietung ihrer weitverzweigten Verbindungen mitzuwirken an der möglichst schnellen Erreichung des vorgesteckten segensvolldenden Zieles.

Der Verfasser dieser Betrachtung hat unzweifelhaft in seiner letzten Ausführung nicht die Landwirthschaft unberücksichtigt lassen wollen, da er die mancherlei Hemmnisse wohl in erster Linie in der Landwirthschaft vermuthet, deren Interessen ja ebenso wie die der Industrie im wohlverstandenen Interesse beider gewahrt bleiben müssen. Ist ja doch für die Produktion der Landwirthschaft, wie für die der Industrie nicht allein der geschützte Markt nöthig, sondern es muß auch dieser Markt konsumfähig und zahlungsfähig sein, was jedoch endgültig nur durch eine gleichmäßige Wahrung der Interessen beider Hauptzweige der nationalen produktiven Arbeit erzielt resp. erhalten werden kann. Das Niveau der produktiven Kräfte in manchen Theilen der Landwirthschaft wie der Industrien ist für die fragliche Gruppe der drei wirthschaftlichen Gebiete immerhin noch so verschieden, daß von vornherein eine vollständige Zolleinigung ausgeschlossen sein dürfte, was übrigens auch schon für drei steuerlich getrennte Wirthschaftsgebiete als selbstverständlich zu bezeichnen ist. Für das eine oder andere dieser drei Gebiete oder Theile derselben sind aber auch wieder besondere wirthschaftliche und politische Rücksichten anderen Nachbarstaaten gegenüber mehr wie genug vorhanden. Beispielsweise wie Ostpreußen und Schlesien wirthschaftlich auch auf Rußland, Polen, dagegen Rheinpreußen auf Belgien, Holland, Baden, Württemberg, Bayern und der Elsaß auf die Schweiz und Nordeutschland auf Dänemark, Schweden, Norwegen und Rußland jedes für sich in erster Linie oder doch gleich stark angewiesen sind, als die einen auf Oesterreich-Ungarn und die andern auf Frankreich, so giebt es auch, aber es kommen über kurz oder lang politische Gründe, welche für alle Zeiten den Ausschluß der Meistbegünstigung verbieten. Dagegen giebt es andere Momente: als Frachttarif der Eisenbahnen und einheitliche Gestaltung der Tarife, sowie einen gegenseitigen Rechtsschutz, Uebereinstimmung der sozialen und gewerblichen Gesetzgebung, besonders aber eine einheitliche Münz- und Bankordnung, welche geeignet sind, die wirthschaftliche Annäherung der drei Gebiete in jedem einzelnen wie im allgemeinen Interesse höchst wünschenswerth erscheinen zu lassen.

Der Frachttarif ist manchmal für den Verkehr zweier Nationen viel wichtiger, als der Zolltarif, ein vorhandener Rechtsschutz nicht minder, wie auch die Münzen und Bankordnung den Verkehr zwischen zwei wirthschaftlichen Gebieten weit mehr wie alles Andere beeinflussen können.

Bei den drei in Frage kommenden Gebieten ist es dann noch die Kapitalfrage: das wohlhabende Frankreich dem ärmeren Oesterreich-Ungarn und Deutschland gegenüber.

Um vorhandene Hemmnisse gleich oder successive zu beseitigen, ist es zunächst nöthig, diese Hemmnisse kennen zu lernen und zu beleuchten. Hierzu wollten wir durch unser heutiges näheres Eingehen auf die Eingangs erwähnten Betrachtungen Veranlassung geben, und hoffen wir damit der Sache zu dienen, welche für die nächste Zeit in den Vordergrund der Tagespresse treten wird.

Nachdem den Bundesregierungen bereits unterm 4. August d. J. vorläufige Entwürfe zu einer Bekanntmachung und zu Dienstvorschriften, betreffend die Ausführung des Gesetzes vom 20. Juli d. J. über die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets mit dem Auslande, sowie unterm 18. August eine weitere Bearbeitung der zu erlassenden Dienstvorschriften mitgetheilt worden waren, sind vom kaiserlich statistischen Amt anderweitige Entwürfe einer Bekanntmachung sowohl wie der Dienstvorschriften nebst erläuternden Bemerkungen aufgestellt worden. Wie wir hören, findet Donnerstag eine Sitzung des Bundesraths statt, in welcher vorstehende Entwürfe zur Berathung stehen.

Die Aktionaire der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft waren heute Vormittag zu der Generalversammlung zusammengetreten, welche über die Offerte der Regierung, die Bahn gegen eine feste Rente von 4 pCt. und 1 pCt. Konvertirungsprämie käuflich zu übernehmen, Beschluß zu fassen hatte. Die Zahl der in der Generalversammlung abgegebenen Stimmen betrug 5804, die ⅔ Majorität, welche für die Perfektion des Vertrages erforderlich gewesen wäre, daher 4453 Stimmen. Mit Ja, also für die Annahme der Regierungsofferte wurden 4140 Stimmen, mit Nein 1664 Stimmen abgegeben. Da demnach die erforderliche Majorität für den Verkauf nicht erzielt wurde, muß die Offerte der Regierung als abgelehnt gelten.

Die erfreuliche Zunahme der Frequenz in den Seminarien, welche in einzelnen Provinzen zur Einrichtung von Nebenkursen geführt hat, legt die Pflicht nahe, dieselbe zu einer planmäßigen Ueberwindung der durch den Lehrermangel erwachsenen Uebelstände zu benutzen, und zwar nicht nur zur ordnungsmäßigen Besetzung der vorhandenen Stellen, sondern auch zur Theilung der überfüllten Klassen. Der Kultusminister hat deshalb die Provinzial-Schulkollegien angewiesen, die Frage des bezüglichen Bedürfnisses der einzelnen Bezirke und der zweckmäßigsten Vertheilung der abgehenden Seminaristen auf dieselben zu prüfen und demnächst zu berichten.

Bekanntlich beabsichtigt die Regierung, dem Landtag in der bevorstehenden Session eine Vorlage über die Durchführung der Sekundairbahnen zugehen zu lassen. So lange als die Ausarbeitung dieser Vorlage nicht abgeschlossen ist, können Mittheilungen darüber auf Genauigkeit nicht Anspruch machen. Es ist nämlich zu berücksichtigen, daß die Verhältnisse, auf Grund deren der Bau von Sekundairbahnen weiter geführt werden soll, sehr verschiedenartig sind. Es giebt solche Bahnen, wenn auch wenige, an denen nur der Staat Interesse hat, andere, die nur für beschränkten Interessentenkreise zum Vortheil gereichen, noch andere, bei denen der Staat und einzelne Interessentengruppen nahezu in gleichem Maße betheiligt sind. Entsprechend diesen Verhältnissen kann auch der Bau nicht nach einem in sich ganz gleichmäßigen System bewirkt werden.

Rundschau im Auslande.

Seit Sonntag Mittag weht die englische Flagge von den Mauern Kabul's. Ob der endgültigen Besitzergreifung ein nochmaliger Kampf vorausging, ist aus den Telegrammen der indischen Regierung nicht mit Bestimmtheit zu ersehen; dieselben besagen im wesentlichen, daß die Deroute des Feindes eine vollständige sei und daß die Stämme in ihre heimischen Wohnsitze zurückkehrten. Das Umgehungsmanöver der englischen Kavallerie ist sonach unvermögend gewesen, der Besatzung Kabul's den Rückzug abzuschneiden, übrigens ist es, bei der Lockerheit des taktischen Verbandes der afghanischen Streitkräfte, mehr als unwahrscheinlich, daß nach nothgedrungener Preisgabe der Hauptstadt noch fernerhin geschlossene Abtheilungen von nennenswerther numerischer Stärke das Feld zu halten suchen sollten. Der Feldzug ist siegreich für die englischen Waffen beendet.

General Roberts' Einzug in Kabul vollzog sich mit allem militairischen Gepränge, Aufbieten der englischen Flagge, Geschützgruß und Spalierbildung der Truppen — kurz all' dem dekorativen Beiwerk, welches dem halbwilden orientalischen Charakter mehr imponirt, als die einfache nackte Thatsache selbst. Die Notabeln der Hauptstadt verhehlten denn auch nicht, altem Brauche folgend, den Siegern ihre Ergebenheit zu bezeugen.

Dem Programme gemäß wäre nun die Eröffnung des angedrohten Strafgerichtes zu gewärtigen. Der Vollzug desselben an den Mördern in Person dürfte indeß seine Schwierigkeiten haben, da die Schuldigen sich jedenfalls bei Zeiten in Sicherheit gebracht haben werden. Gleichwohl wird General Roberts nicht umhin können, Maßregeln zu treffen, welche der Bevölkerung die Uebermacht Englands auf nachdrückliche Art ad oculos demonstriren. Die Wiener „Presse" vernimmt aus London, der Vizekönig von Indien werde im Dezember einen großen Durbar (Reichstag) nach Delhi einberufen, um den Fürsten des Landes die Beschlüsse der Kaiserin Victoria bezüglich Afghanistans bekanntzugeben. Die Khane von Kelat und Bahawschpur sollen ebenfalls zu diesem Durbar geladen werden.

Uebrigens hat der englische Minister des Innern, Herr Croß, noch am Sonnabend in Leigh eine Rede gehalten, worin er, mit Bezug auf Afghanistan, äußerte, daß der Regierung jeder Gedanke an Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans fern läge und sie nur auf Fernhaltung anderweitiger Einflüsse bedacht sein würde.

Bezüglich der Türkei trat Hr. Croß mit herbem Tadel der dort gehandhabten Verwaltung hervor und fügte hinzu, daß dieselbe nirgends Zustimmung finde. Der türkischen Reformbewegung kann die von Herrn Croß charakterisirte Stimmung Europas nur zur Förderung gereichen. Einen sehr bedeutungsvollen Schritt auf der Bahn der Reformen stellen nach Wien gelangte Telegramme aus Konstantinopel in Aussicht. Darnach hätte nämlich der türkische Premierminister in einem Rundschreiben den Generalgouverneuren mitgetheilt, die Pforte denke daran, nächstens die Christen des Reiches zum Armeedienste heranzuziehen. Es wurde bestimmt, daß fortan in jedem der sieben Militairdistrikte des Reiches achtzehntausend Mann Infanterie stehen sollen.

Zur Geschichte der griechisch-türkischen Grenzverhandlungen erfährt die „Pol. Corr.", es sei Hoffnung vorhanden, daß die griechischen Kommissare in der nächsten Konferenzsitzung der letzten Erklärung der türkischen Delegirten bezüglich des 13. Berliner Kongreßprotokolls mit einer kleinen Reserve beitreten würden. Nach der „Republ. franç." hätte die in Rede stehende türkische Erklärung folgendes Wortlaut:

„Wir ersuchen Ihre Exzellenzen die hellenischen Bevollmächtigten nochmals zu bitten zu wollen, daß wir mit Rücksicht auf die Wünsche der Mächte bevollmächtigt zu Unterhandlungen sind, zur ersten Grundlage der Unterhandlungen die Fingerzeige des 13. Protokolls anzunehmen, d. h. zusammen die allgemeinen Linie der Thäler des Kalamas und des Peneus zu untersuchen, behufs ihrer Genehmigung oder Modifizirung, je nachdem aus der Diskussion erhellt, daß sie zur Herstellung dauerhafter und gegenseitiger Sicherheit der Beziehungen zwischen den beiden Ländern geeignet erscheint oder nicht."

Die italienischen Radikalen begingen am Sonntag ein „Fest", bei welchem die Agitationen der „Italia irredenta" eine nicht unbedeutende Rolle spielten. Es handelte sich um die Todtenfeier des im Jahre 1849 gefallenen Agitators Ciceruacchio. Es waren viele Deputationen erschienen, unter andern auch aus Triest und Trient; das Publikum war massenhaft versammelt, der Enthusiasmus jedoch, nach einem Telegramme der Wiener „Dtsch. Ztg.", nur gering.

In der französischen Hauptstadt haben die Radikalen vorgestern einen kleinen Triumph erfochten, indem sie bei einer, im Javel-Quartier vorgenommenen Gemeindewahl ihren Kandidaten, der natürlich auch für die Ausdehnung der Amnestie auf sämmtliche Kommunards ohne Ausnahme schwärmt, durchbrachten. Die republikfeindlichen Blätter verhehlen, wie immer, nicht, aus diesem Vorkommniß für ihre speziellen Wünsche und Interessen politisches Kapital zu schlagen und das Schreckgespenst des revolutionairen Chaos an die Wand zu malen, ein Verfahren, angesichts dessen die „Rep. franç." nicht ganz mit Unrecht zur Besonnenheit mahnt und ausführt, Frankreich habe eine robuste Natur, und so lange es durch die „Erwählten der Nation" regiert werde, sei kein Grund vorhanden, für die soziale Ordnung zu zittern.

Die „N. Fr. Pr." hört, der Präsident der mexikanischen Republik, Porfirio Diaz, habe seinen Sohn Fernando zum offiziösen Vertreter Mexiks in Frankreich ernannt. Derselbe sei in Paris behufs Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich eingetroffen.

Von der Generalsynode.

(5. Sitzung vom 14. Oktober.)

12 Uhr. Am Tische des Kirchenregimentes Präsident Hermes und Generalsuperintendent Brückner. — Das Eingangsgebet wird vom Superintendent Meinhold gesprochen.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält General v. Dilech das Wort, um den Mitgliedern die Unterstützung des Baues einer Dankeskirche zu empfehlen, die man aus Anlaß des Attentates auf Se. Majestät zu gründen beschlossen habe. Die erste Aufforderung zur Sammlung von Beiträgen habe in den weitesten Kreisen Anklang gefunden, nicht bloß in Deutschland, sondern auch über dessen Grenzen hinaus. Mehrere Provinzen haben reichlich beigesteuert, so z. B. die Rheinprovinz, deren Provinzialversammlung 70 Mille kräftig das Werk unterstützt hat. Es sind bis jetzt 120,800 ℳ gesammelt, dazu treten an inzwischen aufgekommenen Zinsen 4400 ℳ, ferner 20,000 ℳ von Seiten des Berliner Kirchenbauvereins. Es stehen mithin 145,200 ℳ zur Verfügung; wenn auch die innere Ausstattung schon zum Theil gesichert ist, so würden trotzdem immer noch 150—200,000 ℳ fehlen. Ein Bauplatz ist noch nicht sicher gewonnen, es besteht die Wahl zwischen zweien: der eine befindet sich an der Südwestecke des Zoologischen Gartens, der andere an der Chaussee nach Tegel. Der Bauplan ist fertig und kann jeder Zeit vorgelegt werden. Das Komité hat natürlich nicht verfehlt, Se. Majestät die Angelegenheit vorzulegen, da der Kaiser aber wünscht, daß die Sache freiwillig aus der Neigung des Landes hervorgehe, so hat er sich jeder Kundgebung darüber enthalten, aber ausgesprochen, daß der Bau einer jeden neuen Kirche in Berlin sein landesväterliches Herz erfreuen werde. Redner empfiehlt allen Mitgliedern die Unterstützung dieser Angelegenheit, besonders wenn sie nach ihrer Heimath zurückgekehrt wären. Beiträge nehme der Bankier Loesche, Oranienburgerstraße 20, entgegen.

Ohne Debatte genehmigt die Synode darauf die vom Ober-Kirchenrath vorgelegte provisorische Gesch.-Stiftsordnung mit einigen von der Gemeindeordnungs-Kommission vorgeschlagenen Aenderungen.

Von den in der Gemeindeordnung beschlossenen Aenderungen ist hervorzuheben, daß die Protokolle nicht mehr verlesen, sondern nur zur Einsicht ausgelegt werden; daß Anträge der Provinzialsynoden, über deren Behandlung nichts vorgeschrieben war, auf die Tagesordnung der Generalsynode kommen; daß endlich Petitionen vom Präsidenten an eine Kommission überwiesen werden, welche über deren weitere Behandlung beschließt.

Auf den Antrag des Konf.-Präs. Hegel werden die auf die Pfarrwahlen bezüglichen Petitionen der für die Novelle zur Pfarrwahl-Ordnung gewählten Kommission überwiesen.

Auf den Antrag der Finanzkommission beschließt die Generalsynode, die Verwaltung der General-Stiftsordnungskasse vorläufig dem Ober-Kirchenrath zu überlassen und sich schon jetzt damit einverstanden zu erklären, wenn der am Schluß der Verhandlungen zu wählende Synodalvorstand die Verwaltung auch ferner dem Ober-Kirchenrath überläßt.

Auf den Antrag der Finanzkommission wird dem Evangelischen Ober-Kirchenrath über die von ihm verwalteten Fonds für das Rechnungsjahr 1878/79 Decharge ertheilt; außerdem nimmt die Versammlung Kenntniß von der Verwaltung der Fonds, welche unter der Verwaltung des Kultusministers sich befinden, als des Fonds zur Entschädigung für den Ausfall der Stolgebühren, des Fonds zur Erhöhung der amtlichen Gehälter ꝛc.; die gesammte Summe, die sich im Etat des Kultusministeriums befinde für Zwecke der evangelischen Kirche belaufe sich auf 4,026,065 ℳ. Wenn das auch eine bedeutende Summe sei, so müsse man doch wünschen, daß die evangelische Kirche mit derselben Parität behandelt werde, wie die katholische, für die längst bedeutende Summen im Etat ständen. Der Referent deutet an, daß die Ausgabe, die aus dem Landeskirchen-Kollektenfonds für Zwecke des Religionsunterrichts in der Diaspora geleistet werde, eingeschränkt werden könne.

Präsident des Ober-Kirchenrathes Hermes spricht sich dagegen aus, denn es handle sich um den Religionsunterricht der wenigen protestantischen Kinder hauptsächlich in katholischen Gegenden, die ohnedies gar keinen Religionsunterricht erhalten würden. Die Gemeinden seien oft nicht im Stande einen Lehrer zu beschaffen, da müsse man in anderer Weise helfen, also durch Vereinigung der Kinder aus mehreren Gemeinden.

Generalsuperintendent Erdmann und Regierungspräsident v. Flottwell sprechen sich für Ober-Kirchenrath den Dank dafür aus, daß er in dieser Weise für die Diaspora in Schlesien und in Ostpreußen gesorgt habe.

Graf v. Krassow will die Verwendung nicht tadeln, glaube aber, daß diese Ausgaben weniger aus kirchlichen als aus staatlichen Mitteln zu bestreiten seien; denn in unsern Schulen sei der Religionsunterricht obligatorisch, wenn die Gemeinde nicht leistungsfähig sei, müsse der Staat eintreten.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Zu den Wahlen.

* Staatsminister a. D. Dr. Falk hat den Geh. Regierungsrath Sattig von der Ablehnung des Mandats für den Wahlbezirk Görlitz-Lauban in einem Schreiben in Kenntniß gesetzt, das nach der „Schles. Ztg." folgendermaßen lautet:

„Berlin, 9. Oktober 1879. Gestatten Sie mir, zuvörderst Ihnen meinen lebhaftesten Dank für die vielen und erfolgreichen Bemühungen ganz ergebenst auszusprechen, denen Sie sich im Interesse meiner Wahl zum Abgeordnetenhause unterzogen haben. Ich bin voll empfänglich für die Ehre einer solchen Wahl in einem Kreise meiner Heimathsprovinz und erkenne ebenso die Bedeutung, welche diese nahezu einstimmige Wahl gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen für mich hat. Dennoch hoffe ich auf Ihre geneigte Zustimmung, wenn ich die Wahl dem Herrn Wahlkommissarius gegenüber heute abgelehnt habe. Nicht blos durch meine schon vor Monaten eventuell gegebene Zusage, sondern auch durch den Umstand, daß der 5. Düsseldorfer Wahlbezirk, dessen Wahl ich angenommen habe, mich gegenwärtig schon zum dritten Male und zwar — für mich unerwartetterweise — mit größerer Mehrheit als früher mit seiner Vertretung im Landtage betraut hat, — war ich gebunden, dessen Mandat anzunehmen."

Aus Gardelegen, 12. Oktober, wird der „Magd. Ztg." geschrieben: „Wie wir vernehmen, war es der Wunsch des Grafen v. Wintzingerode, das vom Wahlkreise Salzwedel-Gardelegen erhaltene Mandat zurückzugeben und den Kreis Querfurt-Merseburg anzunehmen. Doch das hiesige Komité war wegen eines geeigneten Kandidaten in Verlegenheit, und da wohl auch die Besorgniß vorhanden war, es möchte bei einer Neuwahl die Majorität sich den Liberalen zuwenden, so drang man in den Grafen, das Mandat hier anzunehmen. Das ist denn schließlich geschehen, und Querfurt-Merseburg wird zu einer Neuwahl schreiten müssen.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl traf gestern Abend aus Potsdam hier ein, übernachtete im hiesigen königlichen Schlosse und fuhr heute Vormittag zur Abhaltung von Jagden nach Wusterhausen weiter.

* Der Herzog v. Ujest ist heute Vormittag von hier nach Slawentzin in Schlesien zurückgekehrt.

* Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Graf zu Stolberg, ist heute zu dauerndem Aufenthalt nach Berlin zurückgekehrt.

* Der kaiserlich russische Adelsmarschall v. Bobrinski hat gestern Berlin wieder verlassen und sich nach Petersburg zurückgegeben.

* Der königlich schwedische Gesandte in Wien, Graf v. Essen, ist heute früh aus Stralsund hier eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen. Ebendaselbst hat auch der kaiserlich russische Botschaftssekretair in Paris, Graf Mouravieff, aus Frankfurt a. M. kommend, Wohnung genommen.

* Der königlich belgische Gesandte und bevollmächtigte Minister am kaiserlich russischen Hofe, Graf Errembault de Dudzeele, ist mit Gemahlin und Tochter heute früh aus Petersburg hier eingetroffen und im Hotel Kaiserhof abgestiegen.

* Der Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrath Jacobi, in dem früheren Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Ministerialdirektor der Abtheilung für Handel und Gewerbe, ist in dem jetzigen Ministerium für Handel und Gewerbe zum Unterstaatssekretair ernannt worden.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

* Am Sonnabend waren die Bundesrathsausschüsse für Handel und Verkehr und für Zoll- und Steuerwesen zu einer gemeinschaftlichen Sitzung vereinigt. Gestern war eine Sitzung des Justizausschusses angesetzt, auf deren Tagesordnung u. A. der Entwurf des Gesetzes über den Strafvollzug gesetzt war.

(Post und Telegraphen.) * Nach einer Mittheilung der k. k. österreichischen Postverwaltung müssen alle Waffensendungen, welche im Durchgang durch Oesterreich-Ungarn befördert werden sollen, von einem Waffengeleitschein derjenigen k. k. österreichischen Bezirkshauptmannschaft, in deren Sprengel die österreichische Eingangsstation gelegen ist, begleitet sein.

* Die im Zusnoefee auf russischem Gebiete an der Grenze des Regierungsbezirks Gumbinnen aufgetretene Fischpest ist schon im Laufe des Monats Juli erloschen. Die preußischen Behörden hatten über den Verlauf der Pest Beobachtungen anstellen lassen und Vorbereitungen getroffen, um eine Uebertragung derselben auf das preußische Gebiet zu verhüten. Es ist denn auch gelungen, eine weitere Verbreitung der Krankheit zu verhindern.

Oesterreich-Ungarn.

** Wien, 12. Oktober. Der außerordentliche Botschafter des Königs von Spanien, Herzog v. Baylen, welcher am Wiener Hofe in offizieller Weise um die Hand der Erzherzogin Christine für König Alfonso anhalten soll, trifft am 18. oder 19. d. hier ein. Im „Hotel Imperial" sind bereits Appartements für ihn und seine Suite bestellt.

Der Bruder der hohen Braut, Erzherzog Friedrich, ist inzwischen in Krakau an der Diphteritis gefährlich erkrankt. Erfreulicherweise lauten die neusten Mittheilungen über sein Befinden günstiger, so daß eine Störung der Vermählungsarrangements von dieser Seite her hoffentlich nicht mehr zu besorgen ist.

Zur Berathung der Vorlagen, welche beiden Parlamenten in gleicher Form vorzulegen sein werden, hat heute im Palais des Ministeriums des Aeußern eine mehrstündige gemeinsame Ministerkonferenz stattgefunden, welcher der Minister des Aeußern Baron Haymerle, Kriegsminister Graf Bylandt, gemeinsamer Finanzminister Baron Hofmann, die Ministerpräsidenten Tißza und Taaffe, die Finanzminister Szapary und Chertek beiwohnten. Morgen sollen die Ministerkonferenzen, eventuell unter Vorsitz Sr. Majestät, fortgesetzt werden.

Ein sehr bedeutsamer Fortschritt in der Parteigruppirung hat sich heute im Herrenhause vollzogen. Auf Einladung Schmerling's, des Fürsten Friedrich Liechtenstein und Hafner's versammelten sich heute im Herrenhause mehr als 40 Mitglieder, darunter Kardinal Kutschker, Graf Oswald Thun, v. Miklosich und die Generale Graf Neipperg, Baron Kellner und Roßbacher, und nachdem von dieser Versammlung der Freiherr v. Schmerling mit Akklamation einstimmig zum Vorsitzenden gewählt war, entwickelte derselbe in einem längeren Exposé die Nothwendigkeit der Organisirung sämmtlicher verfassungstreuer Mitglieder des Herrenhauses zu einer geschlossenen Parteigruppe unter dem Namen „Verfassungspartei des Herrenhauses." Dieser Antrag wurde nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. Folgende zwei leitende Grundsätze wurden für das Verhalten der Partei aufgestellt:

Erstens: Unverbrüchlich festzuhalten an den Staatsgrundgesetzen, insbesondere an § 11 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung, worin der Umfang der Kompetenz des Reichsrathes festgestellt wird, und entgegenzutreten allen Versuchen, die Rechte des Reichsrathes zu Gunsten einzelner Länder zu schmälern.

Zweitens: Prinzipiell festzuhalten an allen übrigen Gesetzen, insoweit nicht die Zeitverhältnisse eine theilweise Aenderung derselben erheischen.

Dieses Programm wurde von sämmtlichen Anwesenden unterzeichnet. Eine der ersten Unterschriften war jene des Kardinals Kutschker, der erklärte, jeder Anhänger der Verfassung müsse diese Grundsätze unterschreiben. Zur Parteileitung wurde ein Ausschuß des Exekutivkomités mit halbjähriger Funktionsdauer gewählt, nämlich: Schmerling, Fürst Schönburg, Fürst Friedrich Liechtenstein, Graf Wrbna, Hafner. Das Exekutivkomité hat die Partei bei allen geeignet erscheinenden Anlässen einzuberufen. Ferner wurde beschlossen, jede Gesetzvorlage und jede Kommissionswahl der Parteibesprechung zu unterziehen. Kaiserfeld und Fürst Adolf Auersperg, die verreist sind, hinterließen Schmerling ihre schriftliche Zustimmung und Beitrittserklärung. Es würde unter allen Umständen mindestens verfrüht sein, wenn man diese Partei sofort als einen Akt direkter Opposition gegen das Ministerium Taaffe bezeichnen wollte; ist ja auch in der ganzen heute stattgefundenen Verhandlung nicht ein einziges Wort gegen die Regierung gesprochen worden. Immerhin liegt aber in der „Verfassungspartei des Herrenhauses" eine Erscheinung vor, an welcher eine heftigere föderalistische Strömung im Abgeordnetenhause oder auch in höheren Regionen gegebenen Falles einen unerwarteten widerstandsfähigen Damm vor sich sehen dürfte.

Im Abgeordnetenhause steht für den Augenblick die Prüfung der Wahl des bekannten Eisenbahnengründers Herrn Ofenheim von Ponteurin im Vordergrunde. Das Abgeordnetenhaus, welchem die Mitgliedschaft dieses Herrn offenbar nicht als eine besondere Auszeichnung einleuchten will, hat ein besonderes Komité eingesetzt um zu prüfen, in wiefern die Gerüchte begründet sind, denen zufolge Herr v. Ofenheim seine Wahl erkauft haben sollte. Das Komité hielt heute Sitzung. Die Prüfung des Wahlaktes an sich bot keinen Anlaß zur Beanstandung der Wahl; dagegen ergab die Prüfung der vorliegenden Stimmzettel aus Sucjawa, Czerets und Radauz, daß fast sämmtliche Stimmzettel für Ofenheim nur zwei Handschriften aufweisen. Das Komité schloß daraus, daß diese Stimmzettel von Agenten geschrieben worden seien; es handle sich also darum, ob ein Stimmenkauf stattgefunden habe. Ein Komitémitglied brachte ferner den Fall einer Bagatellklage eines Wählers gegen Ofenheim wegen angeblich nicht erfüllten Geldversprechens zur Sprache. Der betreffende Wähler soll klagbar geworden sein, weil seine Stimme nur mit 6 Fl. und nicht, wie versprochen war und bei anderen Wählern eingehalten wurde, mit 10 Fl. bezahlt worden ist. Auch von unverzinslichen Darlehnen war die Rede, welche den betreffenden Wahlorten zur Verfügung gestellt worden seien; kurz, es brachte schon die oberflächliche Prüfung der Angelegenheit einen ganzen Berg von schmutziger Wäsche zu Tage, und es liegt wohl jetzt schon Material zur Genüge vor, um